

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft,
Umwelt und Planung
am Freitag, dem 11.03.2011, im Ausschusszimmer des Kreishauses
Warendorf (4. OG, Raum C4.26)**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 12:40 Uhr**

		Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1.	Bohrungen nach so genanntem unkonventionel- len Erdgas	014/2011 4
2.	Sachstandsbericht European Energy Award	019/2011 7
3.	Beitritt des Kreises Warendorf zum Bündnis für regionale Baukultur	104/2010 8
4.	Landschaftsplan "Ostbevern"- Satzungsbeschluss	129/2010 9
5.	Ordnungsbehördliche Verordnung zur Regelung des Gemeindegebrauchs am Feldmarksee in Sas- senberg	015/2011 10
6.	Sachstandsbericht Dioxin in Lebensmitteln - Auswirkungen im Kreis Warendorf	012/2011 11
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>	
1.	Sachstandsbericht Direktvergabe RVM	013/2011 12
2.	Genehmigungswettbewerb für die Ende 2011 auslaufenden Buslinienkonzessionen	011/2011 13

Anwesend:

Ausschussmitglieder	
Berkhoff, Henrich	
Budde, Heinrich	
Dufhues, Hannelore	
Festge, Susanne	
Grüttner-Lütke, Angelika	
Heger, Klaus-Werner	
Hild, Karl-Wilhelm	Vertreter für Hans-Rüdiger Steiner
Nienkemper, Dorothea	
Ommen, Detlef	
Pott, Albert	
Schindler, Ron	
Schmedding, Josef	
Stumpenhorst, Lothar	
Tarner, Hedwig	
Vöcking, Knud	
von der Verwaltung	
Funke, Stefan Dr.	
Gnerlich, Friedrich	
Müller, Heinz-Jürgen	
Rehers, Carsten	
Thiry-Sickmann, Ingeborg	
Witte, Andreas Dr.	
Gäste	
Eickhoff, Eberhard	
Grigo, Werner	
Krüger, Alexandra	
Tippkötter, Reiner	

Es fehlten entschuldigt:

Ausschussmitglieder	
Haverkamp, André	
Steiner, Hans-Rüdiger	Vertreter Karl-Wilhelm Hild

Der Vorsitzende eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Wirtschaft, Umwelt und Planung mit Einladung vom 25.02.2011 form- und fristgerecht eingeladen worden ist.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Zu TOP 1 der Tagesordnung sind Bürger aus Drensteinfurt und Freckenhorst erschienen, die als Zuhörer an der Sitzung teilnehmen.

I. Öffentlicher Teil**1. Bohrungen nach so genanntem unkonventionellen Erdgas****014/2011**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Vorsitzende den Ltd. Bergdirektor Herrn Werner Grigo von der Bezirksregierung Arnsberg, Dezernat 61 – Bergbau und Energie in NRW sowie Regierungsrätin Frau Alexandra Krüger vom Dezernat 65 – Rechtsangelegenheiten/Markscheidewesen - der Bezirksregierung Arnsberg.

Herr Grigo stellt anhand eines Power-Point-Vortrages (Anlage 1) die rechtlichen Rahmenbedingungen für Vorhaben – Bohrungen nach so genanntem unkonventionellen Erdgas – dar.

Da es sich hier um ein neuartiges Verfahren zur Gewinnung von Erdgas handelt und dieses Verfahren aufgrund der noch nicht absehbaren Auswirkungen und befürchteter eventueller Folgeschäden von vielen Personengruppen kritisch gesehen wird, bitten die Ausschussmitglieder darum, einzelne Erläuterungen im Protokoll festzuhalten.

Zum Verfahrensablauf führt Herr Grigo in seinem Vortrag aus, dass es zur Einleitung eines solchen Vorhabens vorab einer Aufsuchungserlaubnis durch das Land NRW bedarf. Diese Aufsuchungserlaubnis für das Feld "Nordrhein-Westfalen Nord" wurde 2009 an die Fa. Exxon Mobil für 5 Jahre erteilt.

Erst im Anschluss an diese Erlaubnis kann ein Unternehmen einen Betriebsplan für eine Probebohrung zur Zulassung einreichen. In diesem Genehmigungsverfahren wird ein umfangreiches formales Beteiligungsverfahren durchgeführt.

Im Einzelfall ist auch eine wasserrechtliche Erlaubnis notwendig.

Für die geplante Probebohrung, die zurzeit diskutiert werde, ist somit ein gesonderter Verfahren auf Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis durchzuführen. Dieses Verfahren ist unabhängig von einem möglichen weiteren Verfahren zur Gewinnung des Erdgases.

Um für zu erwartende Verfahrensanträge vorab Informationen oder Bedenken zum Sachverhalt abzuklären und diese in das Entscheidungsverfahren einfließen zu lassen, plant die Bezirksregierung die Einrichtung von Expertengesprächen, an der u. a. technische Experten, Fachleute aus Verwaltungsbereichen und Vertreter der Bürgerinitiativen eingeladen werden sollen.

Herr Hild (CDU) dankt Herrn Grigo für seine Erläuterungen und stellt fest, dass keine Entscheidungsbefugnis seitens der politischen Gremien besteht. Die Entscheidung über das Einvernehmen zu der wasserrechtlichen Erlaubnis erfolgt durch die Verwaltung. Für ihn habe der Schutz des Grundwassers erste Priorität bei allen weiteren Entscheidungen. Er weist jedoch auch auf die Notwendigkeit der Sicherung der zukünftigen Energieversorgung hin.

Frau Tarner (B90/Die Grünen) betont, dass ihre Fraktion mit ihrem Antrag ein Signal setzen will, dass Bedenken hinsichtlich des Verfahrensablaufs bestehen. Sie sieht dringend den Bedarf einer engen Zusammenarbeit mit der Genehmigungsbehörde. Auch müsse nach ihrer Erkenntnis das Bergrecht dringend novelliert werden und die verpflichtende Vorgabe einer Umweltverträglichkeitsprüfung eingeführt werden. Sorgen und Ängste in der Bevölkerung zu diesem Vorhaben seien in Hinblick auf die inzwischen bekannt gewordenen Vorfälle in Niedersachsen und Amerika nachvollziehbar.

Herr Vöcking (DIE LINKE) fordert ebenfalls eine Anpassung des Bergrechts, um Umweltschäden abzuwenden. Die Belange der Betroffenen seien frühzeitig und umfassend in der Planung zu berücksichtigen.

Herr Heger (SPD) verweist auf die Skepsis gegenüber dem Vorhaben in der Bevölkerung. Aufgrund der Neuartigkeit des Verfahrens stellt sich für ihn auch die Frage, ob die bisherige Fachkenntnis für eine ausgewogene Entscheidung ausreicht.

Herr Budde (CDU) macht deutlich, dass ein besonderes Augenmerk auf die wasserrechtliche Genehmigung zu legen ist. Er begrüßt die geplanten Expertenrunden.

Frau Nienkemper (FWG) sieht die Notwendigkeit der Sicherheit des Trinkwassers in 1. Priorität vor dem wirtschaftlichen Interesse des Unternehmens. Innovative Entwicklungen sollten jedoch nicht von vornherein verhindert werden. Unklar seien ihr noch eventuelle langfristige Auswirkungen.

Herr Grigo macht deutlich, dass auch für die Bezirksregierung eine Transparenz in diesen Vorhaben wichtig sei. Aus diesem Grund würde derzeit noch geprüft, ob Betriebspläne im Internet veröffentlicht werden können. Auch würde im Entscheidungsprozess im erforderlichen Rahmen eine Information und Beteiligung stattfinden.

Die Befürchtung, dass Probebohrungen und Förderungen vermischt werden könnten, sei unbegründet, da für jedes einzelne Vorhaben ein eigenes Genehmigungsverfahren durchgeführt werden müsse. Sobald in einem Verfahren Hinderungsgründe vorliegen, würde dieses Vorhaben abgelehnt und komme damit nicht zum Tragen. Er weist darauf hin, dass alle Erkenntnisse, die sich aus den Problemen und Erfahrungen in Niedersachsen ergeben haben, berücksichtigt werden, soweit diese der Bezirksregierung vorliegen.

Er betont, dass das Land NRW einen konsequenten und auf hohem Niveau angesiedelten Umweltschutz betreibe.

Herr Gnerlich begrüßt, dass der Kreis Warendorf an der von der Bezirksregierung geplanten Expertenrunde beteiligt werden soll. Aus seiner Sicht muss die Vermeidung einer Grundwassergefährdung als Voraussetzung einer Genehmigung gewährleistet sein. Positiv sei auch, dass ein Gutachten zur Gesamtproblematik der unkonventionellen Gasförderung vom Land NRW in Auftrag gegeben werde.

Der Vorsitzende unterbricht mit Einverständnis der Ausschussmitglieder die Sitzung in der Zeit von 10.25 Uhr bis 10.45 Uhr, um den anwesenden Zuhörern die Gelegenheit zu geben, Herrn Grigo persönliche Fachfragen zum Vorhaben zu stellen.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

2. Sachstandsbericht European Energy Award**019/2011**

Der Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt den eea-Berater, Herrn Reiner Tippkötter.

KK Dr. Funke berichtet, dass mit 66 % Zielerreichung der Kreis Warendorf die eea-Auszeichnung erhalten hat. Angestrebt werde jetzt eine Auszeichnung in Gold, die bei einer Zielerreichung von 75 % erteilt werde. Der eea-Bericht wird den Ausschussmitgliedern zugesandt. Er ist auch über das Sitzungsdienstprogramm im Internet abrufbar.

Herr Tippkötter führt anhand eines Power-Point-Vortrages (Anlage 1) weiter aus, dass der Kreis Warendorf gute Aussichten auf den Award in Gold habe. Nach seinen aktuellen Bewertungen wurde die Zielquote inzwischen schon auf 70 % gesteigert. Im Jahr 2011 soll die Kooperation mit den Städten und Gemeinden der Schwerpunkt der Arbeit sein.

Frau Grüttner-Lütke (B 90/Die Grünen) erläutert den zu diesem Tagesordnungspunkt eingereichten Antrag ihrer Fraktion vom 04.03.2011 (Anlage 2). Durch die darin vorgeschlagene Vorgehensweise soll mehr Öffentlichkeit einbezogen und eine kreisweite Zusammenarbeit angestrebt werden.

KK Dr. Funke weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass vor den Sommerferien eine Informationsveranstaltung und ein Erfahrungsaustausch mit den Kommunen im Kreis und dem Kreis Gütersloh geplant seien.

Vor dem Hintergrund, dass bereits eine Veranstaltung mit ähnlicher Zielsetzung erfolgen wird, zieht Frau Grüttner-Lütke den Antrag vom 04.03.2011 zurück.

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnisnahme.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

3.	Beitritt des Kreises Warendorf zum Bündnis für regionale Baukultur	104/2010
-----------	---	-----------------

Der Vorsitzende begrüßt Herrn Eberhard Eickhoff vom LWL-Amt für Landschafts- und Baukultur in Westfalen, der mit Hilfe einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) die Hintergründe und Ziele des Bündnisses vorstellt.

Beschlussvorschlag:

Der Kreis Warendorf tritt dem Bündnis für regionale Baukultur bei.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 15 Nein 0 Enthaltung 0

4. Landschaftsplan "Ostbevern"-Satzungsbeschluss**129/2010**

KLD Müller erläutert den Sachstand und weist auf das umfangreiche und bürgerfreundliche Beteiligungsverfahren hin. Er macht deutlich, dass durch die zwischenzeitlich in Kraft getretenen Änderungen des Bundesnaturschutzgesetzes der vorliegende Landschaftsplan in einzelnen Passagen entsprechend angepasst wurde.

Beschlussvorschlag:

1. Den Beschlussvorschlägen der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken in der vorliegenden Fassung wird zugestimmt.

Die Beschlussvorlage der Verwaltung zu den vorgebrachten Anregungen und Bedenken ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

2. Der Landschaftsplan "Ostbevern" wird gemäß § 11 des Gesetzes über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz – BNatSchG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29.07.2009 (BGBl. I S. 2542) / § 16 des Gesetzes zur Sicherung des Naturhaushaltes und zur Entwicklung der Landschaft (Landschaftsgesetz – LG) NW in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.07.2000 (GV.NRW.S 568), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 16.03.2010 (GV.NRW.S 185) und der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen vom 14.07.1994 (GV.NRW S. 646) in der z.Zt. gültigen Fassung als Satzung beschlossen.

Die "Strategischen Umweltprüfung" (SUP) gemäß § 17 LG NW ist Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0

5.	Ordnungsbehördliche Verordnung zur Regelung des Gemeingebrauchs am Feldmarksee in Sassenberg	015/2011
-----------	---	-----------------

KBD Rehers erläutert die Sitzungsvorlage.

Frau Tarner (B 90/ Die Grünen) regt an, den Text der Satzung künftig so umzuformulieren, dass die darin aufgeführten Ge- und Verbote auch für die Bürger verständlicher werden.

Beschlussvorschlag:

Die als Anlage beigefügte ordnungsbehördliche Verordnung über die Ausübung des Gemeingebrauchs am Feldmarksee in Sassenberg wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen
Ja 14 Nein 0 Enthaltung 0

6.	Sachstandsbericht Dioxin in Lebensmitteln - Auswirkungen im Kreis Warendorf	012/2011
-----------	--	-----------------

KVD Dr. Witte stellt mit Hilfe von Power-Point-Folien die Situation im Kreis Warendorf zum Thema "Dioxin in Lebensmitteln" dar. Die Folien sind dem Protokoll beigefügt (Anlage 1).

Beschlussvorschlag:

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt der Vorsitzende um 12.40 Uhr die Sitzung.

Detlef Ommen
Vorsitzender

Friedrich Gnerlich
Schriftführer